Sitzung des Stadtrates

Antrag von:	
☐ der Fraktion	
☐ dem Stadtratsmitglied Herrn Gunter Walther (Bündnis 90/Grüne)	
Titel des Antrages:	Neufassung der Hauptsatzung
Vorlagen-Nr.:	017(VII)2021
Stellungnahme der Verwaltung:	
<p>Die Verwaltung empfiehlt, den Antrag abzulehnen.</p> <p>1.) Der Antragsteller regt an, die ursprüngliche Regelung des § 6 a der Hauptsatzung (ALT) wieder in die Fassung der neuen Hauptsatzung einzufügen.</p> <p>Begründet wird das Begehren damit, dass zwar eine ähnliche Regelung im KVG enthalten ist, doch für eine Verdeutlichung eine explizite Erwähnung in der Hauptsatzung zu erfolgen hat.</p> <p>Begründung:</p> <p>Diesseits wird keine Notwendigkeit für die Wiederaufnahme gesehen, da nicht anzunehmen ist, dass für das Demokratieverständnis der Weißenfelser Bürger eine exemplarische Aufzählung in der Hauptsatzung zu erfolgen hat, wenn eine gleichartige Regelung bereits von Gesetzes wegen vorgesehen ist. Bereits der Gesetzgeber hat zum Ausdruck gebracht, welche Rechte den Bürgern der Stadt zustehen. Diesbezüglich gebiete es nicht, mit einer inhaltgleichen Regelung in der Hauptsatzung den Anschein zu erwecken, dass diese Regelung explizit von der Stadt Weißenfels eingeräumt ist.</p> <p>2.) Der Antragsteller regt an, die Regelung über den Umweltausschuss (§ 17) und diverse Aspekte und Formulierungen in Bezug auf Klimaschutzziele und Artenschutzangelegenheiten zu erweitern.</p> <p>Begründung:</p> <p>Es ist durchaus als eine Art Zielvorgabe nicht schädlich, wenn die zu entscheidenden Belange der Stadt eine Beachtung diverser Artenschutz- und Klimaschutzziele beinhaltet. Ob diese Aspekte jedoch ein Fall für den Umweltausschuss im Rahmen seiner vorberatenden Tätigkeiten ist, wird seitens der Verwaltung nicht geteilt.</p>	

Darüber hinaus gilt zu beachten, dass die Einhaltung und Prämissen der Klimaschutzbelange keine Aufgaben sind, die in der kleinteiligen Struktur einer Stadt angesiedelt sein können, da die Aufgabe des Klima- und Artenschutzes vielmehr eine überörtliche Aufgabe ist.

3.) Der Antragsteller regt an, in Bezug auf die Regelung über die Budget´s der Ortschaftsräte eine Ergänzung aufzunehmen, aus der sich ergibt, dass Haushaltsmittel bei Nichtausschöpfung ins nächste Haushaltsjahr übernommen werden können und nicht ausschließlich für Aufgaben der Kultur und Heimatpflege einzusetzen sind.

Begründung:

Der Grundsatz, dass bei Nichtausschöpfung/Nichtabrufung der zugewiesenen Budget´s eine Übernahme in das folgende Haushaltsjahr erfolgen kann, ist nicht explizit erforderlich, da er entsprechend der Regelungen der Landeshaushaltsordnung ohnehin bereits gilt. Eine begehrte Übertragung auf das übernächste Haushaltsjahr ist rechtlich nicht möglich und grundsätzlich auch nicht erforderlich. Wenn ein entsprechender Bedarf der Übertragung aufgrund einer lang anhaltenden Ausnahmesituation gerechtfertigt sein würde, würde entsprechend von der Landesgesetzgebung eine Ausnahmeregelung formuliert werden müssen.

4.) Der Antragsteller regt an, die Vergabezuständigkeit des OBM auf 80 T€ zu reduzieren.

Begründung:

Eine Reduzierung der Vergabezuständigkeit hätte eine beträchtlich nachteilige Folge. Die maßgeblichen Verträge könnten bei höheren Werten nicht zeitnah und im Sinne der Stadt abgeschlossen werden, wenn zunächst der Weg über die Gremien zu erfolgen hat. Der derzeitige Wert von 125 T€ hat sich bewährt und wurde aufgrund diverser Preisanpassungen erst vor wenigen Jahren nach oben angehoben.

Weißenfels, 14.04.2021

Risch (Oberbürgermeister)